Zu wenig Dampf in der AKW-Debatte: Grüne engagieren sich stärker

Anders als ihre deutschen Kollegen protestieren die Zürcher Grünen nur lau gegen den Bau neuer AKW und eines Endlagers. Das soll sich nun ändern.

Von Stefan Häne

Zürich - Der Unterschied ist frappant: Während sich in Süddeutschland unter Führung der Grünen breiter Widerstand gegen ein mögliches Endlager im Zürcher Weinland formiert, ist im Kanton Zürich der Protest kaum wahrnehmbar. Im grenznahen Jestetten sprechen grüne Politiker provokativ vom «Atommülllager Zürich» (TA vom Dienstag).

Und was tun ihre Zürcher Parteikollegen? Zu wenig, findet die Grüne Ex-Kantonsrätin Susanne Rihs-Lanz, die im Sommer nach zwölf Jahren im Parlament zurückgetreten ist. Ihre Partei müsse in ihrem «Urthema» aktiver werden. Rihs-Lanz' Position findet in der Partei Zuspruch. Letzte Woche haben grüne Politiker den Verein «Klar! Züri Unterland» gegründet. Dieser will, wie die schon länger bestehende Mutterorganisation «Klar! Schweiz», «kein Leben mit atomaren Risiken». Rihs-Lanz versucht nun, Kontakte mit Grünen aus dem süddeutschen Raum zu knüpfen, um eine «starke Allianz zu bilden».

«Zu technokratisch»

Nachholbedarf ortet auch Nationalrätin Marlies Bänziger. Sie will «die Widerstandskraft wiedererwecken». Die Grünen hätten ihren Sachverstand zur verbesserten möglichen Sicherheit eines allfälligen Lagers eingebracht. Dabei, räumt Bänziger ein, habe sich ihre Partei aber «stark auf die technokratischen Diskussionen eingelassen».

Rihs-Lanz verweist auf den Kurs, den ihre Partei in der Atompolitik fährt. Solange der Ausstieg aus der Atomenergie nicht beschlossen ist, kommt für die Grüne Partei ein Endlager - Grüne nennen es ein «endloses Zwischenlager» - nicht infrage. Aus diesem Grund, so Rihs-Lanz, habe sich die Kantonalpartei in ihrer Arbeit auf den Atomausstieg fokussiert. «Es ist höchste Zeit, dass wir auch die Endlagerfrage breit thematisieren.» Ansonsten werde die Zürcher Bevölkerung von der Nagra über den Tisch gezogen.

Dampf machen soll nun eine neue parteiinterne Arbeitsgruppe. Der Kanton Zürich als Mitbesitzer des Stromkonzerns Axpo nimmt in den kommenden Wochen Stellung zu den Rahmenbewilligungsgesuchen von Axpo (und BKW) für den Bau neuer Atomkraftwerke. Die Grünen wollen dabei Gegensteuer zur atomfreundlichen Haltung der Zürcher Regierung geben, auch im Hinblick auf die kantonalen Wahlen im Frühling, wie Bänziger sagt. Ob ihre Partei öffentliche Proteste organisieren wird, lässt Bänziger offen. Philipp Maurer, Co-Präsident der Kantonalpartei, beurteilt Sitzblockaden und ähnliche Formen zivilen Ungehorsams skeptisch: «Wir wollen konstruktive Debatten führen.»

Träge wegen der SP?

Auch Esther Guyer, Fraktionschefin der Grünen, will «nicht ungezielt ins Feld sitzen und protestieren». «Gorleben ist jetzt. Einen derart aktuellen Aufhänger gibt es hier nicht.» Vehement bestreitet Guyer, die Grünen seien träge geworden, weil sie wegen der schwächelnden SP quasi im Schlafwagen zu Wahlerfolgen kämen. Guyer verweist auf die parlamentarische Arbeit und auf die Demonstrationen, die ihre Partei wie 2008 in Benken mitgeprägt habe. Der Protest damals war getragen von wütenden Atomgegnern. Zu dieser Emotionalisierung werde es wieder kommen, sagt Nationalrätin Bänziger. Sie geht davon aus, dass spätestens dann eine Volksbewegung entsteht, wenn es zur Abstimmung über den Bau neuer AKW oder den Standort des Endlagers kommt.